Juli 2025

Aktuelles – Informationen - Standpunkte

Mit Ende Juni ist der letzte Monat vor der Sommerpause vergangen und wir haben uns in der Stadtratssitzung am 18.6.2025 mit den folgenden Themen beschäftigt:

Zur Wahl des neuen Baubürgermeisters gab es sechs geeignete Kandidaten, von denen sich zur Stadtratssitzung nur drei Bewerber vorstellen konnten. Das geht auf einen Beschluss im Verwaltungs- und Finanzausschuss (VFA) vom 12.6.2025 zurück. Wir als BSW forderten mit unserem Geschäftsordnungsantrag im Stadtrat, dass die Wahl des Baubürgermeisters verschoben wird, damit alle Bewerber das chancengleiche Recht haben, sich vor dem Stadtrat vorzustellen. Bereits vorher haben wir die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht, dass wir den Beschluss im VFA, nur drei Bewerber im Stadtrat anzuhören, für rechtlich angreifbar halten. Dem ist die Verwaltung nicht gefolgt und im Stadtrat wurde unser Antrag abgelehnt. Wir haben die Landesdirektion zu diesem Sachverhalt um eine Stellungnahme gebeten.

Die BSW-Fraktion unterstützt den Lärmaktionsplan der Stadt Chemnitz. Zuvor hatte die Verwaltung noch eine Änderung im Plan vorgenommen, da im Vorherigen die Aufnahme von Lärmschutzmaßnahmen für den Bereich zwischen Markersdorfer Straße und Straße Usti nad Labem im Stadtteil Helbersdorf fehlten. Erst nach einem Treffen mit dem Ordnungsbürgermeister Herr Kunze und den Vertretern des Umweltamtes, Tiefbauamtes sowie der WCH wurde sich im Lärmaktionsplan auf die Aufnahme eines möglichen Baus einer Lärmschutzwand geeinigt.

Ein für uns strittiger Antrag ist das Bibliotheksentwicklungskonzept. Wir haben bereits im Kulturausschuss kritische Fragen dazu gestellt, zum Beispiel warum die Umweltbibliothek in die Stadtteilbibliothek Yorkgebiet ziehen soll und nicht ins Tietz, wo doch dort die Nähe zum Naturkundemuseum gegeben wäre. Als Antwort kam, dass dort gerade Räume frei waren, die von der Stadt angemietet wurden. Das überrascht, weil die Stadtteilbibliotheken alle geschlossen werden sollten. Dies war ein Vorschlag der Verwaltung aus dem Konsolidierungskonzept, der aber vom Stadtrat abgelehnt wurde. Außerdem verbieten sich aus Kostengründen zusätzliche Anmietungen. Zudem war die Finanzierung des neuen Bibliothekskonzeptes zu großen Teilen nicht gesichert, was unter den aktuellen Haushaltszwängen auch nicht anders zu erwarten ist. Am Ende haben wir wieder ein Konzept mehr in dieser Stadt, das unter Finanzierungsvorbehalt steht und deshalb nicht wie vorgesehen umgesetzt werden wird.

Weitere Anträge, die wir abgelehnt haben, war der Antrag zum digitalen Bauantrag von der CDU/FDP-Fraktion. Obwohl sich die Verwaltung bereits im Prozess zur Umsetzung eines digitalen Bauantrages befindet und dieser bis Ende des Jahres abgeschlossen sein soll, zielte der eingebrachte Antrag auf einen engeren Zeitplan für einen Abschluss bis zum III. Quartal des Jahres 2025. Dieser Zeitdruck ist nicht notwendig, doch wurde der Antrag mehrheitlich im Stadtrat angenommen.

Ein weiterer kritischer Antrag kam ebenfalls von der CDU/FDP-Fraktion und beinhaltete die dauerhafte Beflagung an allen öffentlichen Gebäuden. In der Debatte zum Antrag wurde deutlich, dass sich die CDU mit ihrem Vorschlag eine ideologische Ausrichtung der Bürger zu den Werten der Demokratie wünscht. Dazu sagte klar unser BSW-Fraktionskollege Olaf Richter, dass wir eine Liebe zur Demokratie nicht mit Dauerbeflagung erreichen, sondern mit einer guten Politik.

Die LINKEN stellten einen Antrag zur Ausweitung des Livestreams, um auch Sitzungen von den Ausschüssen und Beiräten zu übertragen. Dies hätte weitere Technik, Personal, und IT-Dienstleister benötigt sowie erhöhte Kosten verursacht. Außerdem spricht gegen den Antrag datenschutzrechtliche Aspekte zum Beispiel bei den sachkundigen Einwohnern, die es vorher abzuklären gilt. Mehrheitlich und auch von uns wurde der Antrag im Stadtrat abgelehnt.

Ein überaus wichtiger Antrag wurde am Schluss der Stadtratssitzung behandelt. Dabei ging es um einen Antrag der LINKEN zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung. Hier sollte die Rücknahme der vorherigen Straßenreinigungssatzung erfolgen und die Bedarfe der Ortschaften vor der übernächsten Satzungsänderung beratend angehört werden. Außerdem wurde im Antrag noch ein weiterer Punkt hinzugefügt, damit der Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetrieb (ASR) wieder eine kostenfreie Unterstützung für das bürgerschaftliche Engagement beim Frühjahrsputz ermöglicht. In der Debatte wurde aber deutlich, wie sehr die CDU und AfD eine Nachbarschaftspolitik betreiben, da der vorliegende Antrag eine Rücknahme der privilegierten Stellung der Ortschaften bedeutet hätte und die Interessen der Mieter in den Wohnungsgenossenschaften nach vorne bringt. Wir haben uns klar für den Vorschlag der LINKEN und den Mieterinteressen ausgesprochen. Obendrein wollten wieder die wichtige Unterstützung des ASR für den Frühjahrsputz garantieren. Eine Mehrheit des Stadtrates hat es aber anders gesehen und den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Unser BSW-Fraktionskollege und Abgeordnete im Landtag Ronny Kupke jobbte für einen Tag am 19.6. 2025 im Tagestreff »Haltestelle« im Reitbahnviertel und packte am 20.6. im AWO-Pflegeheim Willy-Brandt-Haus in Chemnitz an. Hier konnte er einen Perspektivwechsel vom Politikeralltag erleben. Im Tagestreff wurde ihm deutlich, wie wichtig es ist, präventive Unterstützung für Menschen zu leisten, die sich in außergewöhnlichen Notlagen befinden und schnell in die Wohnungslosigkeit geraten können. Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, diesen Menschen zu helfen. In der Reflexion mit der Arbeit im Pflegeheim braucht es dringend Investitionen durch das Land Sachsen, um die Heime entsprechend baulich und technisch auszustatten. Zudem steht dem Personal häufig deutlich zu wenig Zeit zur Verfügung, wodurch es zur »Fließbandarbeit« kommt – mit enormen Frustrationspotenzial auf beiden Seiten. Außerdem werden die steigenden Eigenanteile und gleichzeitig der Anspruch einer würdevollen Versorgung zum Problem. Pflege darf weder für das Personal noch für die Bewohner zum Armutsrisiko werden. Wir als BSW werden uns gemeinsam dafür einsetzen, dass Pflege Zukunft und Gerechtigkeit hat.